

## Gehört die AfD zu Deutschland?

Demokraten sind in einem Dilemma: Soll man die Partei politisch bekämpfen oder verbieten? Auch für Medien ist die Aufgabe groß. Für die Sendung "heute" offenbar zu groß.

Von Peter Voß

Deutschland steht auf gegen den Rechtsextremismus." Das war der erste Satz, den die sonst eher auf Versachlichung bedachte Journalistin Barbara Hallweg in der "heute"-Sendung des ZDF vom 18. Januar in die Kamera sprach - und damit war im Grunde, nicht zuletzt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ein großer Teil der Berichterstattung intoniert. Dieser erste Satz freilich war keine Nachricht, sondern ein politisches Bekenntnis.

Das mag man seiner Urheberin nachsehen, handelte es sich doch wahrlich um eine gute und wichtige Sache, mit der sie sich da "gemein machte", um an den großen Hanns Joachim Friedrichs zu erinnern. Dennoch stört es mich, dass es sich eben auch um Wunschdenken handelt, trotz der erfreulich eindrucksvollen Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen, die zum Teil sogar dazu führten, dass die Veranstaltungen abgebrochen werden mussten. Fallweise hält ja der Zulauf inzwischen den Vergleich mit den Massen aus, die einst die "Friedensbewegung", also der organisierte Protest gegen die mit dem "NATO-Doppelbeschluss" initiierte "Nachrüstung", auf die Straße brachte. Gleichwohl hätte niemand ernsthaft behauptet, "Deutschland" stehe auf gegen die Nachrüstung. Die war zwar unpopulär, aber als ihr Erfinder Helmut Schmidt von der eigenen Partei im Stich gelassen wurde, waren seine Tage ohnehin gezählt, und Helmut Kohl setzte sie dann mit klarer Mehrheit durch.

Zudem erscheint mir Barbara Hallwegs Statement nicht nur gewagt, sondern auch (ungewollt) anmaßend, weil es viele, die bei den Demos nicht mitmachen, verbal aus Deutschland ausschließt. Das gilt ja nicht nur für Zeitgenossen, die mit den Zielen der Demonstranten grundsätzlich übereinstimmen, aber die Lösung der Probleme eines vom wirtschaftlichen Niedergang bedrohten Landes für den einzigen Weg halten, mit der AfD auf Dauer fertig zu werden. Ich halte es zumindest für unwahrscheinlich, dass sogar einige Millionen tatsächlicher und potentieller Wähler der AfD hier letztlich gegen sich selber aufgestanden sein sollen. Es sei denn, Barbara Hallweg hätte sagen wollen, dass

nicht nur die AfD mit ihren Mitgliedern, sondern auch deren Wähler nicht zu Deutschland gehören. Soll man nun etwa diese Leute zur Migration animieren - aber wohin?  
Ernsthaft gefragt: Gehört auch die AfD (einschließlich ihrer Wähler) zu Deutschland, oder kann und muss man sich ihrer einfach irgendwie entledigen?

Diese Gretchenfrage erinnert an die effekthaschende Simplifizierung, die sich einst der Bundespräsident Christian Wulff mit der Aussage leistete, der Islam gehöre zu Deutschland. Wulff stürzte dann über Fehltritte materieller Art und nicht über diesen so unbestreitbaren wie nichtssagenden und in seiner Banalität fast törichtem Satz. Denn: Natürlich gehörte und gehört "der Islam" inzwischen zu unserer deutschen Gesellschaft, wie übrigens auch Klimakleber, treckerfahrende Straßenverstopfer, streikwütige Lokführerfunktionäre sowie Sie und ich, liebe "Lesende", und überhaupt jede und jeder, die oder der rechtmäßig in diesem Lande lebt. Und damit eben auch die AfD, solange sie nicht in einem rechtsstaatlichen Verfahren verboten wird. Das kann einem passen oder nicht, mir persönlich passt es weniger, aber es ist nun einmal so.

Schon deshalb: "Deutschland" als Nation stand und steht wohl eher nicht auf. Nicht wenige Deutsche freilich wachen jetzt auf, das ist schon viel. Im konkreten Kontext stellt sich aus meiner Sicht dennoch die Frage: Ist mit den Veröffentlichungen des Netzwerks "Correctiv" über das Potsdamer Treffen, dem Anlass all dieser Demos, nun tatsächlich der Nachweis erbracht, dass die AfD eine im Kern neo-nationalsozialistische Partei ist, deren Verbot man ernsthaft in den Blick nehmen sollte, ja nehmen muss? In dieser Hinsicht erfährt man bei den vielfach wiederholten, kurzen Bildern eines "Videos" wenig Konkretes über das Potsdamer "Geheimtreffen". Der vielzitierte Begriff der "Remigration" ist mehrdeutig und lässt den Verdacht zu, hier werde einer gewaltsamen Deportation und damit einem Massenverbrechen das Wort geredet, legt ihn vielleicht sogar nahe. Aber ist er dort in diesem Sinne gefallen oder nicht? Das wurde, auch in Nachrichtensendungen, teils behauptet, teils vermutet, ist aber nach meiner Kenntnis bisher nicht erwiesen; es wird jedenfalls von Teilnehmern bestritten, die freilich selbst wiederum ein Interesse an der Verharmlosung des Vorgangs haben. Fest steht wohl, dass der Chef einer "identitären" Bewegung daran teilgenommen hat, der für einschlägige Parolen bekannt ist. Aber was beweist das konkret? Auch unter diesem Aspekt gilt im Rechtsstaat jeder als unschuldig, dessen Schuld nicht von einer Staatsanwaltschaft ermittelt und, vor allem, einem ordentlichen Gericht rechtskräftig festgestellt wird. Wenn die Vorwürfe zutreffen, müsste es doch längst für einen juristisch triftigen Anfangsverdacht reichen, oder?

Als Bürger und Demokrat sehe ich mich bei alledem in einem Zwiespalt. Zum einen traue ich der AfD an antidemokratischen Umtrieben inzwischen einiges zu. Zum anderen ist mir der Grundsatz "Im Zweifel für den Beschuldigten" heilig. Und schließlich lasse ich mich zwar vom Bundespräsidenten jederzeit gern an meine Pflichten als Demokrat erinnern, möchte aber vom Chef eines Geheimdienstes namens Verfassungsschutz nicht permanent politische Belehrungen hören, sondern die Gewissheit haben, dass der Dienst seine Arbeit effektiv macht - nämlich bei der Überwachung rechter, linker, islamistischer und sonstiger, namentlich auch jüdenfeindlicher Extremisten. Beim letzten Punkt hat es dazu nach meinem Eindruck bis zum 7. Oktober 2023 durchaus gehapert, ohne dass mir seither vom Chef der Behörde ein Wort der Selbstkritik erinnerlich wäre.

Das Potsdamer Treffen bewegte sich, soweit erkennbar, in einer (vielleicht gewollten) Grauzone zwischen Stammtischrede und einer handfesten Verschwörung. Eine Überwachung als solche war offenkundig angebracht, aber die Enthüllung kam eben nicht vom Verfassungsschutz, sondern von einem journalistischen Netzwerk.

So oder so, ein solches Treffen erregt natürlich auch meine Besorgnis. Mein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der AfD hat viel mit Leuten wie Höcke zu tun. Auf der anderen Seite beschleicht mich allmählich das Gefühl, dass wir diesem überschätzten Provinzdemagogen zu viel Ehre antun. Was er seinem intellektuellen Mentor Kubitschek und anderen nachbetet, hat wenig Faszination; für mich bleibt er im wörtlichen wie im übertragenen Sinne ein blasser, zugleich aggressiv und irgendwie mondsüchtig anmutender Typ. Ein neuer Hitler wächst da jedenfalls nach meiner Wahrnehmung nicht heran, und auch kein neuer Trump. Käme er tatsächlich in ein öffentliches Amt, dürfte er bald entzaubert sein.

Der Zulauf zur AfD vollzieht sich doch weitgehend nicht wegen, sondern trotz Höcke - und nicht zuletzt wegen des katastrophalen Erscheinungsbildes der "Ampel". Es wäre in der Tat fatal, wenn streitsüchtige Regierungsparteien auf der Woge verständlicher Sorge um unsere Demokratie vom eigenen Elend ablenken wollten. Oder die Unionsparteien, die sich vom Substanzverlust früherer Jahre nur mühsam erholen, vor allem einen lästigen Konkurrenten loswerden. Dieser Versuchung wird hoffentlich niemand erliegen. Wir Deutschen stehen in unserer immer noch großen Mehrheit vielmehr vor der Frage, ob wir die AfD politisch stellen und bezwingen oder nur juristisch und administrativ aus dem Weg räumen wollen - das freilich wäre aus meiner Sicht ein Armutszeugnis für

unsere Demokratie. Wir sollten es uns jedenfalls damit nicht zu leicht machen, auch nicht, indem demokratische Parteien der AfD punktuell die Zuwendungen wegnehmen, die sie sich selbst großzügig zubilligen.

Von den Medien, besonders den öffentlich-rechtlichen Sendern und ganz besonders in den Nachrichtensendungen, brauchen wir dafür weder flammende Bekenntnisse noch naheliegende Annahmen, sondern nüchterne Situationsbestimmungen unter Abwägung aller relevanten Fakten und Argumente - auch solcher, die vermeintlich "den falschen Leuten" nützen. Sonst verkommen "Nachrichten" zum Instrument aufklärerisch verkleideter Bevormundung und machen erst recht den Hetzern und Scharfmachern jeglicher Sorte das Spiel.

Peter Voß war Intendant des Südwestfunks, Chef der Nachrichtenredaktion und Moderator des "heute journals" und stellvertretender Chefredakteur im ZDF.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)